

Inhaltsverzeichnis

<i>Abkürzungsverzeichnis</i>	17
<i>Einleitung</i>	19
I. Thematischer Ansatz	19
II. Gang der Darstellung	22
<i>Erster Teil: Grundfragen</i>	24
§ 1 Die Gesellschaftsgruppe als Regelungsgegenstand: Die Annäherung des französischen Gesetzgebers	24
I. Der erste Schritt: Der Begriff der filiale	25
1. Die Definition in Art. 354 LSC	25
2. filiale und groupe de sociétés	25
3. Die Ausstrahlung des Filialbegriffs auf andere Rechtsgebiete	27
II. Der Kontrollbegriff	28
1. Die Umschreibung in Art. 355-1 LSC	28
2. Die Kontrolle als Grundlage für einen allgemeinen Begriff der Gesellschaftsgruppe?	30
III. Kontrolle, Abhängigkeit und Konzern	31
§ 2 Das Spannungsfeld zwischen Eigen- und Gruppeninteresse: Die Grundpositionen	35
I. Die traditionelle Position des französischen Rechts	35
II. Die neuere Entwicklung: Die Privilegierung von Gruppeninteressen	36
1. Die Rechtsprechung der Strafgerichte	36
2. Die Ausstrahlung der Rechtsprechungsgrundsätze auf das Zivilrecht	39
III. Die Legitimation einheitlicher Leitung und ihre Voraussetzungen	41
1. Das Gruppeninteresse und seine konstitutiven Elemente	41
a. Die strukturelle Verfestigung der Gruppe	42
b. Die kohärente Gruppenpolitik	45
aa. Inhaltskontrolle	46
bb. Verfahrensmäßige Garantien	47

b. Das gruppeninterne Gleichgewicht der Vorteile und Lasten	48
IV. Vergleich	51
V. Exkurs: Die Bedeutung des Strafrechts als Element der Konzernleitungskontrolle	54
1. Das Strafrecht im Umfeld der Gesellschaftsgruppen	54
2. Der Abus des biens sociaux	57
a. Der objektive Tatbestand	58
b. Subjektiver Tatbestand und Täterkreis	59
<i>Zweiter Teil: Aspekte eines Konzerneingangsschutzes</i>	62
§ 3 Die Grenzen einer Beherrschbarkeit der Gesellschafterversammlung	64
I. Statutarische Gestaltungsmöglichkeiten	64
1. Anteilsvinkulierung und Vorkaufsrechte	65
a. Die Rechtslage bei der S. A.	65
b. Die Rechtslage bei der S.A.R.L.	67
2. Mehrfach- und Höchststimmrechte, Stimmrechtsausschluß	68
a. Die Rechtslage bei der S.A.	68
b. Die Rechtslage bei der S.A.R.L.	69
II. Gesetzlicher Präventivschutz bei der S.A.R.L.: Die zwingende Vinkulierung von Geschäftsanteilen (Art. 45 LSC)	70
1. Das Zustimmungserfordernis	70
2. Die Kompensationsmechanismen	71
3. Die Eignungsgrenzen der Regelung im Gruppenzusammenhang	73
III. Gesetzliche Sicherungsmechanismen bei der S.A.	76
1. Das Verbot der Alleinbeteiligung	77
2. Die Beschränkung wechselseitiger Beteiligungen	77
a. Überblick	77
b. Die Regelungen im einzelnen	78
3. Die gesetzlichen Austrittsrechte der außenstehenden Aktionäre: Die Pflicht zur Abgabe öffentlicher Übernahmeangebote	81
a. Überblick	81
b. Die Offre Publique d'Achat ou d'Echange (O.P.A./O.P.E.)	82
aa. Der Anwendungsbereich	82
bb. Das Verfahren	84

c. Der Erwerb von Kontrollblöcken	85
d. Die Offre Publique de Retrait	87
aa. Die O.P.R. an der Schwelle zur Vollintegration der Zielgesellschaft	88
bb. O.P.R. und strukturelle Änderungen der Zielgesellschaft	89
§ 4 Personelle Verflechtungen der Leitungsorgane	91
I. Die zahlenmäßige Begrenzung von Mehrfachmandaten	92
1. Conseil d'administration, Conseil de surveillance und Aufsichtsrat	92
2. Juristische Personen als Mitglieder des Verwaltungs- bzw. Aufsichtsrats	93
3. Président-Directeur général, Directoire und Vorstand	94
II. Die Repräsentanz der abhängigen Gesellschaft in den Leitungsorganen von herrschenden Unternehmen	94
III. Fazit	95
§ 5 Zusammenfassung und Harmonisierungsperspektiven	96
I. Zusammenfassung: Systemmerkmale des Konzerneingangsschutzes in Frankreich	96
1. Das Nebeneinander von statutarischer und gesetzlicher Konzernbildungskontrolle	96
2. Der Dualismus des gesetzlichen Mindestschutzes	97
3. Das Konsensmodell	97
a. Die Anteilsvinkulierung als Modell der Eingangskontrolle bei kleinen und mittleren Gesellschaften	97
b. Die Beschränkung der Eingangskontrolle auf den Beteiligungserwerb	99
c. Das Konsensprinzip	100
d. Zum Schutz des austrittswilligen Gesellschafters	102
4. Das Abfindungsmodell	103
a. Ein Sondermodell für Publikumsgesellschaften	104
b. Eine gesetzliche Einheitslösung	104
c. Die Beschränkung auf den Minderheitenschutz	105
d. Die Sogwirkung der Übernahmeverpflichtung	105
e. Die Vorverlagerung des Eingangsschutzes	107
II. Harmonisierungsansätze und Entwicklungsperspektiven	108
1. Die Treuepflicht als Grundlage einer Eingangskontrolle?	108

a. Treuepflicht und affectio societatis	108
b. Treuepflicht und abus de majorité	109
2. Wettbewerbsverbote der Gesellschafter	113
3. Übernahmeangebote und Konzernbildungskontrolle	113
4. Das Konsensmodell und seine gruppenspezifische Fortentwicklung	114
a. Gründe und Reichweite für eine Harmonisierungseignung	115
b. Aspekte einer Fortentwicklung	116
<i>Dritter Teil: Die Leitungsverantwortung des herrschenden Unternehmens</i>	120
§ 6 Die zivilrechtlichen Sanktionsinstrumentarien	122
I. Das System der Außenhaftung	122
1. Die Action en comblement de passif	123
a. Allgemeine Bedeutung	123
b. Die Haftung des dirigeant de fait und seine Anwendung auf die Gesellschaftsgruppen	126
c. Die Ausfallhaftung des herrschenden Unternehmens im Spiegel der Rechtsprechung	129
2. Die Gruppeninsolvenz	132
a. Die Regelung des Art. 182 InsolvenzG	132
b. Art. 182 InsolvenzG in der Praxis der Gerichte	135
c. Weitere Ansätze zur Begründung eines Gruppenkonkurses	135
aa. Die fiktive Gesellschaft	136
bb. Die Vermögensvermischung	137
3. Haftungsansprüche der Tochtergläubiger außerhalb des Konkursverfahrens	138
4. Haftungsansprüche der außenstehenden Gesellschafter	139
II. Das System der Binnenverantwortung	140
1. Möglichkeiten und Grenzen der allgemeinen Organhaftung	141
2. Der Abus de majorité	142
a. Voraussetzungen und Rechtsfolgen	143
b. Anwendungsbeispiele	146
III. Zusammenfassung und Vergleich	149
1. Die Zweistufigkeit der nationalen Haftungskonzepte	149
a. Das System des Einzelausgleichs bei einfachen Abhängigkeitsverhältnissen	149
b. Die Globalhaftung bei verdichteten Beherrschungsstrukturen	151

2. Das Verhältnis von Außen- und Binnenverantwortung	156
<i>Vierter Teil: Die Überwachungsaufgabe der außenstehenden Gesellschafter</i>	158
§ 7 Organisationsrechtliche Grunddaten	159
I. Die Zuständigkeitsbereiche der Gesellschafterversammlung	159
1. Die Ausgangslage bei der S. A.	159
2. Besonderheiten bei der S.A.R.L.	161
II. Qualifizierte Mehrheitserfordernisse und Anwesenheitsquorum bei der Beschlußfassung	163
III. Stimmverbote des herrschenden Gesellschafters	164
IV. Die allgemeinen Informationsrechte der Gesellschafter	165
1. Die Einsichtnahme in die Gesellschaftsunterlagen	165
2. Das Fragerecht der Gesellschafter	166
a. Das Auskunftsrecht in der Gesellschafterversammlung	166
b. Auskunftsrechte außerhalb der Gesellschafterversammlung	167
V. Spezielle Informationsinstrumentarien zur Offenlegung von Einflußpotentialen	168
1. Die gesetzliche Entwicklung	168
2. Anzeigepflichten bei Erwerb von Kapitalbeteiligungen	169
3. Die Déclaration d'intention	171
4. Die Transparenz von Aktionärsvereinbarungen	172
5. Mitteilungspflichten gegenüber den Anteilseignern der Erwerbergesellschaft	172
§ 8 Die Kontrolle von Vereinbarungen innerhalb einer Unternehmensgruppe	174
I. Überblick	174
II. Die Anwendbarkeit des Kontrollsystems auf Unternehmensverbindungen	176
1. Die Regelung bei der S.A	176
a. Der gesetzgeberische Ausgangspunkt: Die Erfassung persönlicher Interessenkollisionen	176
b. Die Übertragbarkeit der Regelung auf Gruppenstrukturen	177
aa. Der Bereich der Doppelmandate	178
bb. Andere institutionelle Verflechtungen	178
cc. Intérêt indirect und Unternehmensgruppen	179

dd. Zusammenfassung	181
2. Die Regelung bei der S.A.R.L.	182
III. Die kontrollpflichtigen Maßnahmen	183
1. Die Vereinbarungen als Kontrollgegenstand	183
2. Die üblichen Geschäfte zu normalen Bedingungen	185
a. Die allgemeine Privilegierungswirkung	185
b. Gruppenspezifische Besonderheiten	187
IV. Das Zustimmungungsverfahren	190
1. Die Ermächtigung durch den Verwaltungs- bzw. Aufsichtsrat	190
2. Die Billigung durch die Generalversammlung	192
V. Der Bericht über die kontrollpflichtigen Maßnahmen	194
VI. Besonderheiten für das Verfahren bei der S.A.R.L.	197
VII. Vergleich	199
1. Das Zustimmungungsverfahren und vergleichbare Ansätze im deutschen Recht	199
2. Rapport special und Abhängigkeitsbericht nach § 312 AktG	200
§ 9 Die Expertise de gestion	203
I. Überblick	203
II. Die Antragsbefugnis	205
1. Die Gesellschafter	205
2. Andere Berechtigte	206
a. Das Comité d'entreprise	206
b. Die Commission des Opérations de Bourse	207
c. Der Ministère public	208
III. Der Gegenstand der Sonderprüfung	208
1. Die Geschäftsführungsmaßnahme als Prüfungsgegenstand	208
2. Die Zweifelhaftigkeit der Geschäftsführungsmaßnahme als Zulässigkeitsvoraussetzung	210
3. Die Reichweite des Prüfungsauftrags	212
IV. Ermittlungsbefugnisse und Prüfungsmaßstab	214
1. Allgemeine Untersuchungsrechte	214

2. Untersuchungsbefugnisse bei anderen Gruppenunternehmen	214
3. Der Prüfungsmaßstab	215
V. Die Publizität des Prüfungsberichtes	216
§ 10 Der Commissaire aux comptes als gesellschaftsinternes Kontrollorgan	217
I. Allgemeines	217
II. Das gesellschaftsrechtliche Statut des Commissaire aux comptes	218
III. Aufgaben und Befugnisse des Commissaire aux comptes	220
1. Die gesetzlichen Aufgaben	220
a. Die Prüfung der Rechnungslegung	220
b. Informationspflichten	221
aa. Der traditionelle Informationsauftrag	221
bb. Die Mission d'alerte	221
c. Die Kontrolle der Gleichbehandlung zwischen den Gesellschaftern	223
2. Die Befugnisse des Commissaire aux comptes	224
a. Die Teilhabe am gesellschaftsinternen Informationsfluß	225
b. Das allgemeine Untersuchungsrecht	225
aa. Grundsätzliches	225
bb. Untersuchungsbefugnisse im Gruppenverbund	226
IV. Verantwortlichkeit und Haftung	227
<i>Zusammenfassung und Ausblick</i>	229
I. Grundlegende Strukturmerkmale des französischen Rechts der Gesellschaftsgruppen	229
II. Wertungsgesichtspunkte des Konzerneingangsschutzes	230
III. Die Verantwortlichkeitssysteme im bestehenden Konzern	232
IV. Das Verhältnis zwischen Eingangsschutz und Bestandssicherung im Konzern	235
<i>Literaturverzeichnis</i>	237